

«DA IST EIN TESTOSTERON-STAU IM SPIEL»

Migration: Weshalb es sie gibt, warum es sie braucht und wie wir damit umgehen sollten. Ein Gespräch mit dem Philosophen Georg Kohler und der Ethnologin Ingrid Kummels. Von Thomas Gull und Roger Nickl

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass es 2005 weltweit 191 Millionen Migranten gab. Das sind rund 10 Prozent mehr als im Jahr 2000. Erleben wir eine neue Völkerwanderung?

GEORG KOHLER: Zuerst müssen wir uns fragen, was es bedeutet, wenn man den Begriff der Völkerwanderung benutzt? Was wissen wir über die Völkerwanderung? Verdammt wenig. Es gibt nicht sehr viele Quellen. Das heisst: eigentlich ist hier ein Phantasma am Werk. Völkerwanderung ist ein «geladener» Begriff, verbunden mit der Vorstellung vom Auf- und Abstieg von Kulturen, dem «Untergang des Abendlandes», des alten Roms. Sobald man solche Begriffe in die Diskussion einführt, führt man nicht historische Vergleichbarkeiten ein (weil man über die Völkerwanderung einfach zu wenig weiss), aber man schürt Ängste und bedient sich einer tendenziell gefährlichen politischen Rhetorik.

Doch solche Begriffe und Bilder prägen den politischen Diskurs.

KOHLER: Klar. Aber wenn man den assoziationsbeladenen Begriff der Völkerwanderung verwendet, erhitzt man die Stimmung. Ich plädiere dafür, über Migration antialarmistisch zu reden.

Welche Ursachen sehen Sie für die Zunahme der Migration?

INGRID KUMMELS: Es gibt herkömmliche Erklärungsmuster, die heute noch greifen: Gewaltsame Konflikte, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord und Süd und Umweltkatastrophen. Das sind die so genannten Push-Faktoren. Auf der anderen Seite gibt es die Pull-Faktoren wie die Überalterung der Gesellschaft oder grosser Bedarf an Arbeits-

kräften im Niedriglohnbereich. Wie die Migrationsforschung herausgefunden hat, gibt es mittlerweile jedoch auch globale Wirtschaftsstrukturen, die die Migration fördern. So sind zum Beispiel Global Cities entstanden mit einer wirtschaftlichen Elite, die etwa im Finanzsektor arbeitet, und einem wachsenden Niedriglohnssektor mit Migranten, die als Dienstmäd-

chen, Haushalthilfen, in Restaurants, oder als Hilfskräfte in der Landwirtschaft der Umgebung beschäftigt werden. Weil Migrationsströme zum Teil eine lange Tradition haben, sind grenzübergreifende wirtschaftliche und soziale Netzwerke entstanden, aber auch politische Strukturen, die diese Migration unterstützen und fördern. Zürich dürfte sich auch zu einer Global City entwickeln. Der Anteil der Beschäftigten im Hochlohn- und Niedriglohn-Segment steigt, während der Anteil im Bereich des mittleren Einkommens zurückgeht.

«Integration gelingt dort, wo für Einwanderer Chancen da sind weiterzukommen.» Georg Kohler, Philosoph



KOHLER: Ich sehe drei Gründe für die Zunahme der Migration. Erstens: Es ist einfacher geworden zu wandern. Die Grenzen zwischen den politischen Einheiten sind überwindbarer geworden. Zweitens: Frau Kummels spricht von Pull-Faktoren, ich nenne es «Lockung» – im Westen gibt es viel Verlockendes, etwa die Vorstellung von paradiesischen Konsummöglichkeiten. Und drittens: Die genannten Push-Faktoren: Bevölkerungsdruck, Kriege, Armut, Hunger.

Die westlichen Staaten rüsten sich mit härteren Gesetzen gegen den anschwellenden Strom von Einwanderern. In der Schweiz hat das Volk der Verschärfung des Flüchtlings- und des Ausländergesetzes zugestimmt. Sind schärfere Gesetze das richtige Mittel gegen die Einwanderung?

KOHLER: Zunächst finde ich es, rein rechtlich-politisch gesehen, wesentlich, dass wir zwischen Flüchtlingen und Immigranten unterscheiden. Man kann zwar vielleicht das Asylrecht etwas verschärfen, doch nur gegen dessen Missbrauch. Das Asylrecht als solches ist jedoch eine fundamentale Rechtsinstitution der europäischen Tradition und der Menschenrechte; hier sind einer Verschärfung strenge Grenzen gesetzt. Eine andere Frage ist, wie weit man Migration steuern kann und muss. Wie wollen Sie das im staatlichen Rahmen anders tun als mit Gesetzen? Es fragt sich allerdings, ob die gesetzliche Regulierung faktisch auch funktioniert. Die Schweiz hat sich gegenüber der EU weitgehend geöffnet. A la longue gibt es aus diesem Raum vermutlich einen schwer steuerbaren Einwanderungsstrom. Dass wir Migration wenigstens dort zu regulieren versuchen, wo es rechtlich zulässig ist, das heisst im Hinblick auf das Nicht-EU-Gebiet, halte ich im übrigen nicht nur für erlaubt, sondern auch für geboten.

KUMMELS: Restriktive Gesetze bewirken oft das Gegenteil dessen, was beabsichtigt wurde. Das hängt damit zusammen, dass die Kräfte, die bei der Migration im Spiel sind, sehr komplex sind. Die Politiker vollziehen in der Regel einen Spagat zwischen den Bedürfnissen der einheimischen Industrie nach billigen Arbeits-

kräften und den Ängsten der Bevölkerung. Leider wird gerade vor Wahlen auf eine fremdenfeindliche Rhetorik zurückgegriffen, und es werden restriktive Massnahmen eingeführt, anstatt ehrlich mit den Problemen umzugehen, die mit der Migration entstehen können.

KOHLER: Ich weiss nicht, ob wir hier einen Dissens haben. So etwas wie ein uneingeschränktes Einwanderungsrecht kann es jedenfalls nicht geben. Es gehört zur Konstitution von Staaten, dass diese festlegen können, wer sich dauerhaft niederlassen darf und wer nicht. Das Mittel dazu sind sanktionierbare Gesetze. Wie diese Gesetze im Einzelnen beschaffen sind und was sie zu bewirken vermögen, ist freilich eine andere Frage. Auf der einen Seite haben wir also ein primär staatsrechtliches, normatives Problem, auf der anderen Seite eine pragmatisch-politische Realisierungsaufgabe, die möglichst effizient und zugleich menschenfreundlich gelöst werden sollte.

KUMMELS: Was die Berechtigung regulierender Gesetze betrifft, sehe ich keinen Dissens zwischen uns. Aber man muss genauer definieren: was sind die Probleme und welches sind die richtigen Mittel dagegen? Ängste um die innere Sicherheit, organisierte Kriminalität, politischer Extremismus von Migranten – solche Punkte werden in der Presse und in der Öffentlichkeit sehr breit thematisiert, obwohl sie nur einen geringen Prozentsatz der Migranten betreffen. Neben diesen Problembereichen haben wir eine überwältigende Mehrheit von Arbeitsmigranten, die für niedrige Löhne grosse Leistungen vollbringen.

In der Schweiz ist man sich einerseits bewusst, dass die Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte braucht. Auf der anderen Seite wird politisch gegen die Migration mobil gemacht. Verhindern politische Interessen einen pragmatischen Umgang mit dem Thema?

KOHLER: Zuvor eine Gegenfrage: Ist die Immigration tatsächlich das zentrale Problem? Was ich sagen will: Die Attentäter aus Grosslondon, die wütenden Jugendlichen in den Banlieus von Paris, die Türken in Kreuzberg – sie alle sind schon lange da. Sehr oft werden Probleme, die andere Ursprünge (beispielsweise

das Erbe der Kolonialherrschaft) haben, mit der Migration in Verbindung gebracht. Etwas wissenschaftlich betrachten heisst aber, die Dinge zu unterscheiden und die Sache möglichst rational zu behandeln. Das ist das eigentliche Gegengift gegen populistische Instrumentalisierungen, die ja darauf zielen, alles gleich einzufärben, um so eine diffuse Mehrheit für sich zu gewinnen. Denn wie kann man mit dem Migrationsthema Politik machen? Indem man in ihm die allgemeine Gegenwartsunsicherheit bündelt, die Angst vor dem rasenden Wandel, der die Welt seit den 1960er-Jahren ergriffen und der sich nach 1989 noch beschleunigt hat. Da ist so vieles ins Schwanken geraten, dass man verständlicherweise versucht, sich an irgendetwas festzuhalten. Zum Beispiel am Schweizersein. Ich verneine aber nicht, dass die Politik auf reale Probleme reagiert. Und es gilt, die Anliegen der Ansässigen zu respektieren, die sich bedroht fühlen und die ihre Empfindungen formulieren wollen.

ZU DEN PERSONEN

Ingrid Kummels ist im Wintersemester 06/07 Gastprofessorin für Globalisierung und Transnationalität am Ethnologischen Seminar der Universität Zürich. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Transnationalisierungsprozessen im Rahmen der Globalisierung, Wissensethnologie, transnationalen Hybridisierungsprozessen sowie Visueller Anthropologie. Sie ist Co-Autorin zahlreicher TV-Dokumentationen über Kuba, Mexiko und Peru.

KONTAKT: kummels-schaefer@t-online.de

Georg Kohler ist ordentlicher Professor für Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der politischen Philosophie an der Universität Zürich. Letzte Buchpublikationen: Über das Böse, das Glück und andere Rätsel, Zürich 2005; Bonum Commune, Freiburg 2005; Die neue Welt(un)ordnung, Berlin 2005.

KONTAKT: kohler@philos.unizh.ch



«Zürich dürfte sich zur Global City entwickeln. Der Anteil der Beschäftigten im Hochlohn- und Niedriglohn-Segment steigt.» Ingrid Kummels, Ethnologin

KUMMELS: In den westlichen Industrieländern wird bereits stark auf die positiven Aspekte der Migration hingewiesen, etwa im Hinblick auf die Leistungen, die Migranten im Niedriglohnbereich erbringen. Wettbewerbsorientierte Unternehmer thematisieren das schon seit langem, während gewerkschaftlich organisierte Arbeiter durch die Konkurrenz die Erosion von erreichten Lohnstandards befürchten mussten. Unter «den» Ansässigen gibt es folglich keine einheitliche Haltung gegenüber den Migranten.

Die Schweiz versucht, Migration à la carte zu betreiben und vor allem die gut qualifizierten Arbeitskräfte aus dem EU-Raum ins Land zu holen. Trotzdem

kommen immer noch Migranten, die man eigentlich gar nicht will. Wie soll man damit umgehen?

KUMMELS: Man tut so, als ob ein Gegensatz zwischen gut und weniger gut qualifizierten Arbeitskräften bestehen würde. Aber wie ich mit dem Konzept der Global Cities zu zeigen versuchte, hängen diesen beiden strukturell zusammen. Das eine ist ohne das andere nicht möglich.

KOHLER: Etwa hinsichtlich der Sans-Papiers, die natürlich nirgendwo sonst als im Billiglohnbereich beschäftigt sein können, fällt eine gewisse Doppelzüngigkeit auf. Weshalb wird hier nicht eindeutig gehandelt? Offenbar braucht man die Sans-Papiers, aber ebenso offenbar will man dies offiziell nicht wahrhaben. Was ernst-

haft diskutiert werden muss: Was heisst eigentlich «Integration»?

KUMMELS: Was die politische Doppelzüngigkeit betrifft, so wurden in den USA diverse Fälle publik, bei denen Politiker illegale Migranten angestellt hatten. Es gibt den schönen Film «ein Tag ohne Mexikaner», der zeigt, wie Los Angeles zusammenbrechen würde ohne Mexikaner. Den Politikern ist völlig klar, dass ohne die mexikanischen Migranten weite Teile der Wirtschaft nicht mehr funktionieren würden.

KOHLER: Um beim Beispiel Amerika zu bleiben, das ja lange eine andere Einwanderungspolitik betrieb und immer anders sein wollte als Europa: Das neueste Buch Samuel Huntingtons heisst «Who Are We? The Challenges to America's National Identity». Huntington fragt darin, wie man damit umgehen soll, dass vielleicht bald mehr als die Hälfte der US-Bevölkerung nur noch Spanisch spricht. Er spiegelt damit jene Probleme, die für die Staaten «Alt-europas» typisch sind: Probleme der «kollektiven Identität», wo und wie immer sie sich im Einzelnen darstellen, sind wichtige und sehr ernst zu nehmende Dinge.

Herr Kohler, sie haben das Stichwort Integration erwähnt. Die SVP findet, Integration sei kein Thema, die SP spricht sich für eine dezidierte Integrationspolitik aus, die Wert auf den Spracherwerb und allgemein die Bildung legt. Geht diese Diskussion in die richtige Richtung?

KOHLER: Bemerkenswert ist, dass zwar alle das Wort «Integration» verwenden, aber je mit anderem Sinn. Für einen ordentlichen SVP-Mann bedeutet Integration – ich will jetzt nicht sagen: Sennenkutteli, Jodeln und Dialekt, aber doch: die Sprache, die einheimische Mentalität muss jemand mehr oder weniger gut intus haben. Und die Leute sollen sich das auch aus eigenem Antrieb und mit eigenen finanziellen Mitteln aneignen. Pointiert formuliert, ist das die «Herr-im-Haus-Strategie», die vor allem Anpassung der Einwanderer ans Vorgegebene fordert. Auf der anderen Seite findet sich die SP-Politik, die Integration von beiden Seiten her und mit staatlichen Mitteln fördern will. Die

Herr-im-Haus-Strategie funktioniert à la longue wohl nicht. Sie wird zum Vorwand, immer nur defensiv und repressiv abzuwehren. Auf der anderen Seite ist noch ziemlich unklar, wie Integration im rechten Gleichgewicht von Förderung und Anspruch durchzuführen ist. Sicher ist nur, dass Integration am besten dort gelingt, wo für die Einwanderer Chancen da sind, in irgendeiner Form weiterzukommen – wirtschaftlich und auch kulturell. Den Leuten ihre Lebenschancen im neuen Land plausibel zu machen: Das ist gewiss das erfolgreichste Integrationskonzept.

KUMMELS: Da würde ich Herrn Kohler zustimmen. Auch die USA haben eine Zeitlang eine restriktive, rassistisch differenzierende und folglich rassistische Einwanderungspolitik betrieben, die zwischen guten und schlechten Einwanderern unterschied. In Huntingtons Argumentation gibt es da eine gewisse Kontinuität. Die «guten» waren und sind die englischsprachigen, protestantischen und daher angeblich integrationsfähigen Migranten. Restriktive Politik, die kulturalistisch argumentiert und sagt: das ist der Mainstream, das ist die Leitkultur, sie ist angelsächsisch und protestantisch, erreicht sehr oft das Gegenteil von dem, was sie eigentlich bewirken will. Sie führt bei den Ausgegrenzten zu Reethnisierungsprozessen und zu Parallelgesellschaften und verhindert damit die Integration.

Die Überfremdungsdebatte wurde in der Schweiz in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem im Zusammenhang mit den italienischen Fremdarbeitern geführt. Die Italiener sind mittlerweile gut integriert. Rückblickend erscheinen die Ängste deshalb unbegründet. Heute hat man den Eindruck, es sei schlimmer, weil es mittlerweile auch in der Schweiz Ausländerghettos gibt. Ist das so, oder werden die Probleme überbewertet?

KOHLER: Die italienischen Einwanderer in den 1950er-Jahren redeten eine im Grunde vertraute Sprache und kamen aus einer nicht allzu fremden kulturellen Tradition. Heute sind die Herkunftsdifferenzen der Lebensstile viel schärfer geworden. Es ist objektiv schwierig, sich in Zürich-Schlieren zurechtzufinden,



«Es braucht eine umfassende, langfristige, globale Entwicklungspolitik, an der auch die Schweiz mitwirken muss.» Georg Kohler, Philosoph

wenn man aus Ostanatolien kommt. Das gilt sowieso und umso mehr, als sich die «westliche Welt» selber ja auch für uns Ansässige in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert hat. Denken Sie etwa an die ausserordentliche Sexualisierung unserer Bilderwelt – auf Plakatwänden, im Kino, im Fernsehen. Sexualmoral ist etwas, an dem man vieles klar machen könnte.

KUMMELS: Bei der Integration werden vor allem die Pflichten in den Vordergrund gestellt und weniger die Rechte. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Staatsbürgerschaft. Wie soll sich jemand einer Verfassung verpflichtet sehen, wenn er oder sie keine staatsbürgerlichen Rechte hat? In Deutschland ist die doppelte Staatsbürgerschaft partiell anerkannt worden.

Diese trägt der Tatsache Rechnung, dass Migrantinnen und Migranten Loyalitäten zu mehreren Staaten haben. Etwas, das lange Zeit misstrauisch beäugt wurde. Doch mittlerweile gibt es die Erkenntnis, dass die doppelte Staatsbürgerschaft auch Loyalitäten und Verpflichtungen schafft und damit die Integration fördert.

KOHLER: Was die besondere Situation der Schweiz betrifft, so habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass man hier einen vergleichsweise hohen Integrationsgrad verlangt; das «politische Kunstwerk» der halbdirekten helvetischen Demokratie setzt ziemlich viel Vertrautheit mit den informellen Regeln der herrschenden sozialen Kultur voraus. Das bedeutet aber keineswegs, die Immigranten von



«Eine restriktive Politik führt zu Parallelgesellschaften und verhindert damit Integration.» Ingrid Kummels, Ethnologin

politischen Mitwirkungsrechten einfach auszuschliessen. Im Gegenteil: Wir haben die Erfahrung gemacht, dass «gut integrierte» Einwanderer gerade auf kommunaler Ebene sehr erfolgreich agieren können. Deshalb sind auf diesem Gebiet auch gesetzliche Neuregelungen sicherlich sinnvoll.

Welche Auswirkungen hat die massenhafte Auswanderung auf das Herkunftsland, und welche auf das Zielland?

KUMMELS: Man weiss, dass im vergangenen Jahr 45 Milliarden Dollar von lateinamerikanischen Migranten aus den USA nach Hause überwiesen wurden. Für manche mexikanische Bundesstaaten, aber auch kleinere lateinamerikanische Länder sind diese Überweisungen

der grösste Einkommenssektor der Wirtschaft. In Kuba übersteigen die Überweisungen die Netto-Einnahmen aus dem Tourismus, dem grössten Wirtschaftszweig. Diese Rentenökonomie hat natürlich Nachteile, weil das Geld nicht unbedingt in den produktiven Sektor investiert wird. Und sie ist nicht unbedingt ein Anreiz für wirtschaftliche Modernisierung, weil das Geld zunächst für private Ausgaben eingesetzt wird. Mittlerweile beurteilt die Forschung diesen Sachverhalt differenzierter. Etwa die Netzwerke, die durch die Migration zwischen den Ländern entstehen. Lange Zeit sah man die Migration als Brain Drain für die Herkunftsländer. Mittlerweile spricht man auch vom Brain Gain, weil viele der Migranten irgendwann in ihre Heimatgemeinden zurückgehen. Sie brin-

gen nicht nur Geld mit, sondern auch Wissen. Und vielfach nutzen sie ihre Beziehungen in den USA, um in der Heimat Geschäfte aufzubauen. Deshalb ist eine Bilanz schwierig.

Obwohl Kapital und zum Teil auch Wissen in die Herkunftsländer zurückfliesst, ist der Verlust eines Teils der arbeitenden Bevölkerung eine Belastung für die Volkswirtschaft. Wie gehen die Herkunftsländer damit um?

KUMMELS: Es wandern vor allem Menschen zwischen 15 und 45 aus, die wirtschaftlich produktive Bevölkerung. Viele der Gemeinden und Städte, die davon betroffen sind, müssen dann für die Ausbildung der Kinder und die Versorgung der Älteren sorgen. Diese Kosten werden aus den Zielländern der Migration, etwa den USA, ausgelagert. Für die Herkunftsländer hat das erhebliche Nachteile. Bis zu einem gewissen Grad sind die Überweisungen der Migranten in die Herkunftsländer eine Kompensation. Sie lindern die schlimmste Armut.

KOHLER: Ist die Emigration arbeitsfähiger junger Männer für die Entwicklungsländer Fluch oder Segen? Ein wichtiges Thema, das die amerikanische Aussenpolitik bestimmt, ist der so genannte Human Bulge – der Überschuss an jungen Männern, der in vielen Teilen der nicht-westlichen Welt entstanden ist – eine riesige Menge von Energie, die nach Betätigung und Anerkennung sucht. Um es reisserisch auszudrücken: Da ist ein Testosteron-Stau im Spiel, der mit einfacher Migrationspolitik gar nicht in sinnvolle Tätigkeiten transformiert werden kann. Ein riesiges Potenzial an Unzufriedenheit und Aggressivität ist schon vorhanden, und es steigert sich täglich. Wenn unsere Gesellschaft bloss mit Abwehrzäunen und Angstreflexen reagiert, wird es vermutlich zu schwer berechenbaren Explosionen kommen. Aber die Öffnung der Immigrationsschranken auf diese Problemlage ist unzweifelhaft auch nicht die richtige Antwort: Es geht um eine umfassende, langfristige, anstrengende, kostspielige globale Entwicklungspolitik, an der die Schweiz – auch aus sehr rationalen Eigeninteressen – mitwirken muss.

Frau Kummels, Herr Kohler, wir danken Ihnen für das Gespräch.